



# Energiekrise: Rottweil und Tuttlingen richten Krisenstab ein - und raten zum Sparen

Peter Arnegger (gg)



Die Lage auf den Energiemärkten verschärft sich weiter. Die Städte und Gemeinden bereiten sich auf massive Probleme bei der Gasversorgung vor. Örtlich werden entsprechende Krisenstäbe eingerichtet, etwa in Rottweil und Tuttlingen. Zudem gibt es Spartipps der Kommunen.

**In einer gemeinsamen Stellungnahme der Stadt Rottweil und der ENRW Energieversorgung Rottweil, die am Dienstag verschickt wurde, heißt es:**

Die sich zuspitzende Lage wird auch bei der Stadtverwaltung Rottweil und der Energieversorgung Rottweil sehr ernst genommen. Wir stehen in intensivem Austausch mit unseren Landesverbänden (Städtetag, Gemeindetag) um uns mit den anderen Kommunen zu koordinieren. Gemeinsam mit dem regionalen Energieversorger ENRW hat Oberbürgermeister

Ralf Broß zudem einen Krisenstab eingerichtet. Derzeit prüfen wir Einsparmöglichkeiten, um unseren städtischen Beitrag zu den bundesweiten Anstrengungen zu leisten, der drohenden Energieknappheit vorzubeugen. Zudem werden Notfallpläne für den Ernstfall einer Gasmangellage ausgearbeitet. Konkrete Maßnahmen werden wir nach Abstimmung mit der ENRW, dem Gemeinderat und betroffenen Einrichtungen in den kommenden Wochen kommunizieren.

Angesichts einer möglicherweise drohenden Energie-Knappheit im Winter arbeiten die Städte an Krisenplänen und prüfen Maßnahmen zum Einsparen von Gas, die jetzt schon umgesetzt werden sollen. „Falls Deutschland der Gashahn abgedreht wird, gehören Privathaushalte zu den besonders geschützten Kunden – bei ihnen würde also erst als letztes Energie rationiert“, postulierte bereits Verena Göppert, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages.

## „Niemand soll im Winter frieren müssen“

Energie einzusparen sei in der aktuellen Situation eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Die Städte prüften daher aktuell viele kurzfristige Einsparmaßnahmen, sagte Göppert. Sie „lassen etwa Beleuchtungen aus, verzichten auf warmes Wasser in öffentlichen Gebäuden, schalten Brunnen ab, temperieren Klimaanlage und Badewasser anders“.

Zusätzlich erarbeiteten die Städte mit ihren Krisenstäben und den kommunalen Versorgern Krisenpläne für den Fall, dass der Bund die Notfallstufe Gas ausrufen und Gas rationiert werden sollte, hieß es vom Städtetag. Hierzu finde auch eine enge Abstimmung mit Bund, Ländern und der Bundesnetzagentur statt. Göppert betonte: „Klar ist dabei: Niemand soll im Winter frieren müssen.“

Nach der Mitteilung von ENRW und Stadt Rottweil seien Haushalte, aber auch Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die Feuerwehr, die Polizei und die Wasser- und Abwasserversorgung sowie Fernwärmekunden in Deutschland besonders geschützt. Auch im Fall eines Engpasses in der Notfallstufe werden diese weiter versorgt, wenn die Industrie bereits Einsparungen vornehmen muss. Das erklärte Ziel aller Akteure ist es, die rund 21 Millionen an das Gasnetz angeschlossenen Haushalte möglichst ohne Unterbrechung mit Erdgas zu beliefern. Generell ruft die Bundesregierung deshalb dazu auf, Energie zu sparen.

## Beckentemperatur in Freibädern gesenkt

**Die ENRW ist bereits seit Frühjahr auf Grundlage ihres Energiemanagementsystems dabei, den eigenen Verbrauch zu senken. Die Einstellung des Parallelbetriebs von aquasol und Freibad in**

**diesem Sommer war dabei eine erste Maßnahme. Zusätzlich wird die Beckentemperatur im Freibad abgesenkt. Die Bürgermeister der Städte und Kommunen im Versorgungsgebiet wurden im Rahmen eines Austausches über die aktuelle Lage informiert und arbeiten mit Hochdruck daran, den Verbrauch in den öffentlichen Gebäuden zu senken.**

Auch Tuttlingen hat die Temperatur im Freibad heruntergefahren. Normalerweise wird das Freibad dort mit einem Mix aus Sonnenwärme und Gas beheizt. Auf letzteres wird nun schrittweise verzichtet, sodass die Wassertemperatur dann stärker von Tageszeit und Wetter abhängig sein wird. Außerdem wird gerade festgelegt, wie stark mit Beginn der Heizperiode einzelne Gebäude noch beheizt werden müssen – beziehungsweise ob manche städtischen Gebäude möglicherweise ganz stillgelegt werden. So ist etwa der Eigenbetrieb Tuttlinger Hallen schon dabei, sämtliche Veranstaltungen aus der Angerhalle in die Stadthalle zu verlegen. Die Stadthalle hängt nämlich an einem Hackschnitzel-Kraftwerk, während die Angerhalle mit Gas beheizt wird.

Ob solche Maßnahmen ausreichen, könne man derzeit noch nicht sagen, so die Stadt Tuttlingen unlängst in einer Pressemitteilung. Daher spielt die Stadt schon jetzt weitere Szenarien durch. Was passiert, wenn möglicherweise auch Unternehmen nicht mehr versorgt werden können? Und: Was passiert, wenn die Energiepreise drastisch steigen? „Wenn die Preise an den Börsen explodieren, können wir als Versorger das nicht abfangen“, sagt Rogulic. „Verbraucher müssen mit dramatischen Preissteigerungen rechnen – und wir müssen uns darauf gefasst machen, dass viele Menschen ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können.“ Im schlimmsten Fall könne dies auch bedeuten, dass sich die Stadt um Menschen kümmern muss, die in ausgekühlten Wohnungen sitzen. Die Stadt prüft daher bereits jetzt, welche Gebäude im Ernstfall als Wärmehallen genutzt werden können

## Was Bürgerinnen und Bürger selbst tun können

**80 Prozent des Wärmeverbrauchs entfallen auf Heizen und warmes Wasser. 15 Prozent davon können kurzfristig und mit einfachen Maßnahmen eingespart werden, so die ENRW und die Stadtverwaltung. Und zwar so:**

1. Ein Absenken der Raumtemperatur um ein Grad Celsius spart sechs Prozent.
2. Auch regelmäßiges Entlüften von Heizkörpern spart Energie.
3. Damit Heizungen effizient funktionieren, sollten sie nicht durch Möbel, Vorhänge oder Verkleidungen verdeckt werden.
4. Auch richtiges Lüften hilft: Nämlich mit weit geöffneten Fenstern und abgedrehter Heizung.
5. Dichtungsbänder und -profile sorgen bei geschlossenen Fenstern und Türen dafür, dass die Wärme im Raum bleibt. Jalousien, Rollos und Vorhänge helfen, die Kälte draußen zu lassen.

Die ENRW hat nach eigenen Angaben bereits seit November 2021 mit Einsetzen des starken Preisanstiegs an den Energiebeschaffungsmärkten einen Krisenstab in Arbeit.

## Was uns droht

**Sollten sich die aktuellen Gaspreise verfestigen, so drohen Baden-Württembergischen Haushalten im Durchschnitt Nachzahlungen von mehr als 510 Euro allein für das Jahr 2023. Diese Zahlen nannte der Energiedienstleister ista. Schon für 2022 belaufen sich die zu erwartenden Nachzahlungen bei Haushalten mit Gasheizungen demnach auf mehr als 460 Euro. Noch einmal knapp 90 Euro höher fallen die zu erwartenden Nachzahlungen bei Ölheizungen aus. Damit müssen die Haushalte insgesamt mit rund 1.000 Euro Nachzahlungen für die Jahre 2022 und 2023 rechnen. Das sind Ergebnisse einer aktuellen ista-Analyse, die auf aktuellen Preisen aus dem Mai beruht, die erst sukzessive weitergegeben werden. Sollte sich die Lage weiterhin verschärfen, könnte sich die Preisweitergabe an die Verbraucher und Verbraucherinnen drastisch beschleunigen.**

„Neben einem sparsamen Verbrauch empfiehlt es sich schon jetzt, Rücklagen zu bilden. Diese sollten mindestens so hoch sein wie die aktuellen monatlichen Heizkosten“, sagt ista-Chef Hagen Lessing. „Umsichtige Vermieterinnen und Vermieter können Mieterinnen und Mieter über erhebliche Tarifierhöhungen des Energieversorgers zeitnah informieren. Ferner empfiehlt es sich, die Vorauszahlungen mindestens an die tatsächlichen Heizkosten des Vorjahres anzupassen.“

**Was passiert, wenn Russland die Gaslieferungen nach Deutschland komplett einstellt? „Mit diesem Fall müssen wir rechnen“, so erklärt die Geschäftsführerin der Stadtwerke Tuttlingen, Dr. Branka Rogulic, „und eines ist klar: Die Folgen einer solchen Krise werden wir alle deutlich spüren. Schließlich beziehen wir rund 50 Prozent unseres Gases aus Russland. Das kann man in so kurzer Zeit nicht vollständig ersetzen.“**

Tuttlingens Oberbürgermeister Michael Beck appelliert an die Bürgerschaft, die Lage ernst zu nehmen: „Unserer Generation, die bislang immer in Frieden, Sicherheit und Wohlstand gelebt hat, droht etwas, was man sonst nur aus anderen Epochen oder Ländern vom Hörensagen kennt“, so Beck: „Eine ernsthafte Energiekrise, bei der im schlimmsten Fall auch Betriebe stillgelegt und Einrichtungen geschlossen werden, oder auch Wohnungen kalt bleiben.“ Zwar garantiere der Bund Privathaushalten weiter die Versorgung mit Gas – die Frage sei nur, ob man es auch bezahlen kann. Denn im Fall der Notversorgung fielen alle Preisbindungen weg.

**Auch wenn dies ein Worst-Case-Szenario sei, empfahl Beck allen Bürgerinnen und Bürgern, sich auf eine solche Situation einzustellen: Jeder solle Energie sparen, wo immer es geht - denn jede Kilowattstunde Gas, die jetzt nicht verbraucht wird, helfe, die Gasspeicher zu füllen.**

**Außerdem empfahl Beck, schon jetzt Geld zurückzulegen, wo immer es möglich ist, um auf Energiekosten vorbereitet zu sein, die sich möglicherweise mehr als verdoppeln - „und das scheint ziemlich sicher.“**

**INFO:** Um die Versorgung mit Erdgas bei einer unsicheren Versorgungslage zu regeln, gibt es einen bundesweiten Notfallplan Gas. Dieser Plan sieht drei Stufen vor: Frühwarnstufe, die Alarmstufe und die Notfallstufe. Zwischenzeitlich hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die Alarmstufe im Notfallplan Gas ausgerufen. Die Frühwarnstufe wurde von der Bundesregierung bereits vor Wochen ausgerufen. In dieser Phase hat etwa die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde erarbeitet, nach welchen Kriterien sie bei einer Notlage das knapp gewordene Gas verteilen kann. In der Alarmstufe werden bereits erste marktbasierende Maßnahmen von den Netzbetreibern umgesetzt, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Liefereinschränkungen aus Russland hat sich die Versorgungslage in den vergangenen Tagen weiter verschlechtert. Damit wird das Ziel, die Erdgasspeicher bis im Herbst auf die vorgegebenen Speicherstände aufzufüllen, deutlich erschwert. Zudem muss mit starken Preisverwerfungen, die auch kurzfristig zu Preisanpassungen führen können, gerechnet werden, da die nicht mehr gelieferten Erdgasmengen zu stark gestiegenen Preisen neu beschafft werden müssen.